Stand: 07.12.2025 13:25:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17960

"Für bezahlbaren Wohnraum und mehr Wohneigentum: Mietpreisbremse abschaffen und Mietendeckel verhindern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17960 vom 29.09.2021
2. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 29.09.2021
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19012 des BV vom 12.10.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 97 vom 23.11.2021
5. Beschluss des Plenums 18/19344 vom 01.12.2021
6. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 01.12.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.09.2021 **Drucksache** 18/**17960**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Josef Seidl, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Für bezahlbaren Wohnraum und mehr Wohneigentum: Mietpreisbremse abschaffen und Mietendeckel verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

– ein Mietenpreisdeckel einen gravierenden negativen Markteingriff des Staates in den Wohnungsmarkt darstellt und ein kontraproduktives Instrument ist, um bezahlbaren und neuen Wohnungsraum zu schaffen.

– Mietpreisbremsen einen negativen Markteingriff des Staates in den Wohnungsmarkt darstellen und ein kontraproduktives Instrument sind, um bezahlbaren und neuen Wohnungsraum zu schaffen.

– eine hohe Wohneigentumsquote der Bevölkerung eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Demokratie ist.

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, die potenzielle Einführung eines Mietenpreisdeckels in Bayern zu verhindern.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen ihrer Kompetenzen geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die zur Abschaffung der Mietpreisbremsen in bayerischen Städten und Gemeinden führen.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin bereits am 15. April 2021 für nichtig erklärt, weil es nicht mit dem Grundgesetz vereinbar war.[1]

Führende Ökonomen des ifo Instituts beurteilen den Mietendeckel wie folgt: „Der Eingriff in die Preisbildung am Mietmarkt führte zu einer drastischen Verknappung des Angebots an Mietwohnungen im regulierten Segment. Hier wird deutlich, dass beim Mietendeckel eine verteilungspolitische Intervention in Marktprozesse vorliegt, die nicht zielgenau zugunsten von Menschen mit niedrigen Einkommen umverteilt, sondern im Gegenteil viele Mitglieder dieser Gruppe schädigt, und die verhindert, dass Wohnungen

[1] iwd (2021). Die Nachteile des Berliner Mietendeckels. URL: https://www.iwd.de/artikel/die-nachteile-des-berliner-mietendeckels-522001/

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

gebaut und bereitgestellt werden, wo man sie braucht.“[2] Laut einer weiteren ifo-Studie verursachte der Mietenpreisdeckel Verluste für die Wohnungseigentümer.[3]

Eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln zeigt, dass dieser Markteingriff gravierende nachteilige Effekt für Wohnungssuche, Mieter, Vermieter und Investoren hat. Das Angebot an Mietwohnungen ist Aufgrund des Mietendeckels um gut die Hälfte eingebrochen. Die durchschnittliche Miete je Quadratmeter Wohnfläche in den von privaten Vermietern vermieteten Wohnungen verringerte sich um 6 Prozent. Die Rückgänge in den Mieteinnahmen führten bei 4 Prozent der befragten Vermieter zu Kreditausfällen, weitere 15 Prozent verzeichneten starke finanzielle Einschränkungen. Ein Fünftel der Befragten berichtete von negativen Vermögenseffekten aufgrund von Verlusten aus der Vermietung und knapp 60 Prozent gaben an, dass die Regulierung sich negativ auf die Bereitschaft zu großen Investitionen in deren Wohnungsbestände auswirkte. Zudem zeigt die Untersuchung, dass die Vermieter während der Wirksamkeit des Mietendeckels vermehrt private Kontakte anstatt Online-Inserate nutzten, um neue Mieter zu finden. Dies deutet auf die Entstehung eines Schwarzmarktes hin.[4]

Eine Analyse des IW Köln zeigt, dass die Mietpreisbremse weitestgehend wirkungslos ist, und, dass besonders im Wohnungsmarktsegment gut ausgestatteter, qualitativ hochwertiger und zentrumsnaher Wohnungen die Mietpreisbremse wirkungslos bleibt.[5]

---

2 Fuest C., Neumeier F., Peichl A. (2021). Verteilungspolitik für mehr Inklusion und Wachstum. ifo Institut. URL: https://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/verteilungspolitik-fuer-mehr-inklusion-und-wachstum

3 Dolls M., Fuest C. et al. (2021). Ein Jahr Mietendeckel: Wie hat sich der Berliner Immobilienmarkt entwickelt? ifo Institut. URL: https://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/ein-jahr-mietendeckel

4 Sagner P., Voigtländer M. (2021). Auswirkungen des Berliner Mietendeckels auf private Vermieter. URL: https://www.iwkoeln.de/studien/pekka-sagner-michael-voigtlaender-auswirkungen-des-berliner-mietendeckels-auf-private-vermieter-517575.html

5 Deschermeir P. et al. (2017). Evaluation der Mietpreisbremse. IW Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/studien/michael-voigtlaender-evaluation-der-mietpreisbremse.html

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/17938 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Bitte die Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/17959 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte die Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das ist die FDP-Fraktion. Von der AfD-Fraktion gibt es kein Votum.

(Zuruf)

– Ablehnung! Danke schön. Das nächste Mal ein bisschen früher aufpassen. – Danke schön. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/17939 mit 18/17941 sowie 18/17960 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.10.2021 **Drucksache** 18/**19012**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Josef Seidl u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/**17960**

Für bezahlbaren Wohnraum und mehr Wohneigentum: Mietpreisbremse abschaffen und Mietendeckel verhindern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Franz Bergmüller**
Mitberichterstatter: **Thorsten Schwab**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 44. Sitzung am 12. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bildungsarbeit im Kampf gegen Antisemitismus stärken – Empfehlungen des Antisemitismusbeauftragten adäquat umsetzen" auf der Drucksache 18/13178 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder	
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europäische Milliarden in Bayern zukunftsorientiert investieren: sozialen Zusammenhalt stärken!
Drs. 18/11626, 18/18806 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bildungsarbeit im Kampf gegen Antisemitismus stärken – Empfehlungen des Antisemitismusbeauftragten adäquat umsetzen
Drs. 18/13178, 18/18903 (A)

   Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

3. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. SPD
Schulbusverkehr: Einnahmeausfälle ersetzen!
Drs. 18/14896, 18/19010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Diana Stachowitz u.a. SPD
Demokratie braucht Jugend I – Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre
Drs. 18/16671, 18/17948 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Diana Stachowitz u.a. SPD
Demokratie braucht Jugend II – Aufnahme der Beteiligung junger Menschen in die Bayerische Gemeindeordnung
Drs. 18/16672, 18/17766 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Diana Stachowitz u.a. SPD
Demokratie braucht Jugend III – Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Jugendbeteiligung in Bayern
Drs. 18/16673, 18/18807 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Kindergesundheit stärken: mehr Prävention, mehr Vorsorgeuntersuchungen, mehr Flexibilität
Drs. 18/16684, 18/18830 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Kulturevents und Clubkultur wieder möglich machen
Drs. 18/16688, 18/18891 (ENTH) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch u.a. und Fraktion (FDP)
Mut zum Leben: Öffnungsperspektive für Bars, Clubs und Diskotheken
Drs. 18/16689, 18/18892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kita-Ausbau in Bayern voranbringen – Sonderinvestitionsprogramm ausweiten
Drs. 18/16879, 18/18808 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausweiten
Drs. 18/16887, 18/18809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugendbeteiligung jetzt effektiv stärken I – Verbindliche Strategie für mehr Jugendbeteiligung in Bayern
Drs. 18/16903, 18/18667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugendbeteiligung jetzt effektiv stärken II – Recht auf Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene sichern
Drs. 18/16904, 18/17769 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugendbeteiligung jetzt effektiv stärken III –
Jugend-Check in Bayern etablieren
Drs. 18/16905, 18/18568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugendbeteiligung jetzt effektiv stärken IV –
Inklusive Jugendbeteiligung herstellen
Drs. 18/16906, 18/18810 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugendbeteiligung jetzt effektiv stärken V –
Mehr und bessere inklusive politische Bildung in allen bayerischen Schulen etablieren
Drs. 18/16907, 18/18901 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugendbeteiligung jetzt effektiv stärken VI –
Mehr, bessere und zugänglichere außerschulische politische Bildung für alle ermöglichen
Drs. 18/16908, 18/18811 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterbildung zur pädagogischen Fachkraft in der Großtagespflege
Drs. 18/17047, 18/18812 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	ENTH	Z

19. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Fachkräfte für Kindertageseinrichtungen in der Großtagespflege einsetzen
Drs. 18/17048, 18/18813 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Liegenschaftspolitik reformieren –
Bezahlbaren Wohnraum schaffen!
Drs. 18/17061, 18/19003 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Finanzierung der BayernHeim: nicht zulasten kommunaler und gemeinnütziger Wohnbauunternehmen!
Drs. 18/17074, 18/19013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
Weil Bauen immer teurer wird:
Finanzmittel für Wohnraumförderung anpassen
Drs. 18/17076, 18/19016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Biotopverbund auf staatlichen Flächen voranbringen
Drs. 18/17078, 18/19017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderprogramm „Luftfiltergeräte für Schulen“ finanziell aufstocken
Drs. 18/17083, 18/18902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	ENTH

25. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures u.a. SPD
Für die Stabilisierung der Kommunen: Gewerbesteuerausfälle 2021 ersetzen!
Drs. 18/17092, 18/19018 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	A

26. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Jetzt in die Zukunft investieren: Alternative Anbaumethoden wie Urban Farming und Vertical Farming stärker fördern
Drs. 18/17203, 18/19006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderprogramm für waldpädagogische Anlagen im Privat- und Kommunalwald
Drs. 18/17206, 18/19007 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

28. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Schulfrühstücksprogramm verbessern
Drs. 18/17211, 18/18814 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Horst Arnold, Klaus Adelt u.a. SPD
PCR-Pool-Tests an allen Schulen und Kindertagesstätten
Drs. 18/17213, 18/19008 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Achtung des Kirchenasyls als Ausprägung der Gewissensfreiheit
Drs. 18/17214, 18/18966 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprach- und Integrationskurse für geflüchtete Frauen mit Kinderbetreuung sicherstellen
Drs. 18/17258, 18/18967 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Schulen und Kitas müssen offen bleiben: Verstärkerfahrten weiter unterstützen und PCR-Pooltests einsetzen
Drs. 18/17281, 18/18923 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gute Vorbereitung ist alles! Jetzt für den Herbst vorsorgen, um vierte Coronavirus-Welle zu vermeiden
Drs. 18/17283, 18/18793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Fünf-Punkte-Plan „Impfungen für alle“
Drs. 18/17386, 18/18794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD
Pädagogik hat Vorrang:
Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler respektieren
Drs. 18/17388, 18/18924 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch u.a. SPD
Finanzierungslücke beim Kindergartenzuschuss schließen
Drs. 18/17393, 18/18815 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	ENTH	Z	ENTH

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Öffentliche Bäder erhalten – ohne Schwimmbad kein Schwimmunterricht
Drs. 18/17453, 18/18790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Sanierung des Opernhauses Nürnberg und Planungen für Interimsspielstätte
Drs. 18/17461, 18/19019 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

39. Antrag des Abgeordneten Christoph Maier AfD
Einführung eines Landesheimatpflegers –
Klare Haltung für die bayerische Heimat
Drs. 18/17481, 18/19025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

40. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Förderprogramm „Melde- und Warninfrastruktur“
für alle Landkreise Bayerns
Drs. 18/17494, 18/18920 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

41. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einbindung von Spiritual Care in die Novellierung der ÄApprO
Drs. 18/17497, 18/18795 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	ENTH	ENTH

42. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bisherige Blutspendepraxis erhalten – Blutspenden müssen weiterhin möglich sein
Drs. 18/17514, 18/18796 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Jürgen Baumgärtner, Manfred Ländner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Teilnahme an der Weiterbildung für Berufskraftfahrer auch online im Rahmen von Fernkursen ermöglichen
Drs. 18/17539, 18/18791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u.a. AfD
Die Kostenübernahme für Antigen-Schnelltests und PCR-Tests auch für die Zukunft garantieren
Drs. 18/17643, 18/18797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

45. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Erhöhte Infektionsgefahr durch Corona-Schutzbarrieren – Bayerische Studie zur infektionseindämmenden Wirkung von Plastiktrennscheiben in Auftrag geben
Drs. 18/17780, 18/18798 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Abstimmungsverhalten der CSU/FW-Staatsregierung zum Sondervermögen „Aufbauhilfe 2021“ im Bundesrat
Drs. 18/17805, 18/18537

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

47. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Harald Güller u.a. SPD
§ 25b Aufenthaltsgesetz: Aufenthaltsgewährung und Bleibeperspektive von gut integrierten Ausländerinnen und Ausländern verbessern
Drs. 18/17808, 18/18968 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

48. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Horst Arnold u.a. SPD
Achtung des EuGH-Urteils zum Subsidiären Schutz von Geflüchteten
Drs. 18/17811, 18/18969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

49. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Auswirkungen der Pandemie auf die Pflegesituation in Bayern
Drs. 18/17813, 18/18799 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

50. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ulrich Singer, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Obduktion zur Klärung von Impfnebenwirkungen ermöglichen
Drs. 18/17814, 18/18800 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

51. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Krankenhausstruktur in Bayern
Drs. 18/17816, 18/18801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

52. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Bericht zur Situation im öffentlichen Gesundheitsdienst
Drs. 18/17817, 18/18802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

53. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Berichtsantrag Erreichbarkeit von Bus und Bahn in Bayern
Drs. 18/17818, 18/18789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

54. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Mehrwertsteuer bei Arzneimitteln auf 7 Prozent senken
Drs. 18/17820, 18/19027 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

55. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ulrich Singer, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Abfluss medizinischer Daten in Drittländer verhindern
Drs. 18/17821, 18/18803 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

56. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Impfnebenwirkungen besser erfassen
Drs. 18/17822, 18/18804 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

57. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner AfD
Schutz von Kindern: Impfung gegen COVID-19 bei
unter Zwölfjährigen nur aufgrund medizinischer Indikation!
Drs. 18/17839, 18/18805 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

58. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer,
Roland Magerl u.a. AfD
Keine Abfrage des Impfstatus durch Arbeitgeber
Drs. 18/17842, 18/18816 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

59. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ambulante medizinische Versorgung sicherstellen, Schutz der
Unabhängigkeit ärztlicher Entscheidungen stärken I:
Medizinische Versorgungszentren unter ärztlicher Führung
Drs. 18/17873, 18/19022 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z	Z

60. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Sandro Kirchner, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ambulante medizinische Versorgung sicherstellen, Schutz der
Unabhängigkeit ärztlicher Entscheidungen stärken II:
Transparenzoffensive für Medizinische Versorgungszentren
Drs. 18/17874, 18/19023 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	Z	ENTH

61. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ambulante medizinische Versorgung sicherstellen, Schutz der
Unabhängigkeit ärztlicher Entscheidungen stärken III:
Transparenzoffensive für Medizinische Versorgungszentren
Drs. 18/17875, 18/19024 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	Z	Z

62. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ambulante medizinische Versorgung sicherstellen, Schutz der
Unabhängigkeit ärztlicher Entscheidungen stärken IV:
Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung investorenbetriebener
medizinischer Versorgungszentren
Drs. 18/17876, 18/19026 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	Z	Z

63. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Mehr Kita-Plätze schaffen – Sonderinvestitionsprogramm aufstocken
Drs. 18/17879, 18/18818 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

64. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Barbara Regitz u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fürs Leben lernen: Umsetzung der Initiative „Medienführerschein“ in der Grundschule
Drs. 18/17881, 18/18925 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	ENTH

65. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
MSD Stundenzuweisung an den Regelschulen bedarfsgerecht aufsetzen
Drs. 18/17886, 18/18926 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

66. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht zur kritischen Rückmeldung bei PCR-Lollitestung zum Schulstart 2021/2022 in Bayern
Drs. 18/17887, 18/18927 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

67. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht: Ziel der flächendeckenden Raumlufthygiene zum Schulstart in Bayern erreicht?
Drs. 18/17888, 18/18928 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

68. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen I:
Jugendpolitische Mitwirkung auf Landesebene intensivieren
Drs. 18/17889, 18/18666 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	A	Z

69. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen II: Bayerische Ehrenamtskarte mit Juleica – automatisch und ohne Bürokratie
Drs. 18/17890, 18/18831 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

70. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen III: Bayernweite Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung
Drs. 18/17891, 18/18665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

71. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 56 IfSG
Drs. 18/17939, 18/19020 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

72. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Gemeinsam im Bundesrat für Mieterschutz: Schlupflöcher bei der Mietpreisbremse schließen und Bundesländern die Einführung eines eigenen Mietendeckels ermöglichen!
Drs. 18/17940, 18/19011 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	ENTH

73. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Josef Seidl u.a. und Fraktion (AfD)
Für bezahlbaren Wohnraum und mehr Wohneigentum: Mietpreisbremse abschaffen und Mietendeckel verhindern
Drs. 18/17960, 18/19012 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

74. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Monitoring und Evaluation der Städtebauförderung in Bayern
Drs. 18/18030, 18/19014 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

75. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht Solidarleistung Oktoberfestattentat
Drs. 18/18053, 18/18921 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

76. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planungssicherheit für das Wintersemester 2021/2022
Drs. 18/18071, 18/19029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

77. Antrag der Abgeordneten Ulrike Scharf, Jürgen Baumgärtner, Eric Beißwenger u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Durchführung einer Expertenanhörung zur Zukunft des Flugverkehrs
Drs. 18/18103, 18/19015 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

78. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Umdenken in der Schweineerzeugung in Bayern unterstützen
Drs. 18/18116, 18/19009 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.12.2021 **Drucksache** 18/**19344**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Josef Seidl, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**17960**, 18/**19012**

Für bezahlbaren Wohnraum und mehr Wohneigentum:
Mietpreisbremse abschaffen und Mietendeckel verhindern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Thorsten Schwab
Abg. Jürgen Mistol
Abg. Hans Friedl
Abg. Ulrich Singer
Abg. Natascha Kohnen
Abg. Sebastian Körber
Staatsminister Georg Eisenreich

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Josef Seidl u. a. und Fraktion (AfD)
Für bezahlbaren Wohnraum und mehr Wohneigentum: Mietpreisbremse abschaffen und Mietendeckel verhindern (Drs. 18/17960)

Für den Antrag ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bezahlbaren Wohnraum und mehr Wohneigentum statt Mietpreisbremse und Mietendeckel. – Ersteres ist die Hauptforderung der AfD in der Sozial- und Baupolitik. Wir wollen Eigentum für viele Haushalte. Wir wollen den sozialen Wohnungsbau und den freien Wohnungsbau fördern. Wir haben auch schon öfter in diesem Hause darüber diskutiert.

Der Mietendeckel und die Mietpreisbremse sind planwirtschaftliche – das heißt absolut falsche – Instrumente, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie führen mittelfristig zu weniger Wohnraum und sind somit unsozial. Mehr Wohnraum ist nur durch mehr Investitionen in den Neubau möglich. Das geht nur mit Investitionssicherheit und Deregulierung. Untere Einkommensschichten sollten wir mit mehr Wohngeld unterstützen. Das EOF-Verfahren sollten wir ausbauen, um einen atmenden Zuschuss zu haben.

Auslöser der Diskussion war der Mietendeckel in Berlin, der Anfang 2020 eingeführt wurde. Das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen wurde vom Bundesverfassungsgericht am 25.03.2020 für nichtig erklärt. Als Folge hat es am Wahltag in

Berlin ein Wahlchaos gegeben. Aus meiner Sicht ist auch die Enteignung großer privater Wohnungsunternehmen, die mehrheitlich von den Bürgern beschlossen worden ist, verfassungsrechtlich bedenklich.

Heute Nachmittag haben die GRÜNEN hier das Wärmegesetz eingebracht, nach welchem die Vermieter investieren sollen. Die höheren Kosten sollen über die Nebenkosten vielleicht aufgeteilt werden. Die Einnahmen, die aber gegenzurechnen sind, sollen gedeckelt werden.

Im Koalitionsvertrag verkündet die Ampel-Regierung sozialistische Preisdeckelungsmaßnahmen, strengere Mieterschutzregeln, die Herabsetzung der Kappungsgrenze. Mietspiegel werden ab 100.000 Einwohnern in den Gemeinden verpflichtend. Bauherren, Investoren und Wohnungsvermieter in Bayern haben die Sorge, dass diese sozialistischen Maßnahmen auch bald in Bayern greifen werden. Somit wird die Planungssicherheit bzw. der Wille, neue Wohnungen zu bauen, zerstört. Die Staatsregierung muss sofort ein Zeichen setzen, dass es weder den Mietendeckel noch die Mietpreisbremse in Bayern geben soll.

Die AfD fordert die Staatsregierung auf, im Rahmen ihrer Kompetenzen geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die zur Abschaffung der Mietpreisbremse in bayerischen Städten und Gemeinden führen. Studien des IW Köln zeigen, dass die Mietpreisbremse weitgehend wirkungslos ist; denn um über die Sinnhaftigkeit einer Mietpreisbremse befinden zu können, muss man die Gründe für zu hohe Mieten kennen. Man muss wissen, was zu hohe Mieten sind, für wen die Mieten zu hoch sind und wann die Mieten wo zu hoch sind. Diese Informationen kann jedoch kein Gesetzgeber und Gesetz liefern oder definieren. Das kann allein der Markt tun. Der Knackpunkt ist: Es gibt keinen wissenschaftlich gut belegten Mietspiegel. Das ist jetzt nicht meine private Meinung, sondern die des Haus- und Grundbesitzervereins. Jeder kann dazu nachlesen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kommt zu dem Schluss, dass die Mietpreisbremse allenfalls eine Bremswirkung von 2 bis 4 % hat. Im direkten Vergleich zwi-

schen Städten mit und ohne Mietenregulierung ziehen Städte mit Mietendeckel sogar den Kürzeren. Die Mietpreisbremse und der Mietendeckel entsprechen nicht dem Modell der sozialen Marktwirtschaft. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Thorsten Schwab für die CSU-Fraktion.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag war bereits am 12. Oktober 2021 im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr Thema. Wir haben ausführlich über ihn diskutiert. Die Themen sind die gleichen. Die Meinungen sind ebenso die gleichen. Alles wird jetzt einfach nur noch einmal wiederholt.

Unbestritten ist, dass wir mehr Wohnungsbau brauchen, um die Wohnraumpreise zu senken. Ich glaube, das ist logisch. Bisher wird viel getan, aber neue Immobilien entstehen leider nicht über Nacht. Einen Mietendeckel wie in Berlin wollen wir Regierungsfraktionen ohnehin nicht. In diesem Punkt ist Ihr Antrag gar nicht nötig, weil wir den Mietendeckel überhaupt nicht wollen.

Eine Mietpreisbremse kommt derzeit in 162 Kommunen, Städten und Gemeinden in Bayern zur Anwendung. Dieses Instrument halten wir durchaus für sinnvoll. In diesem Punkt stimmen wir nicht überein. Weil wir in diesen Punkten nicht übereinstimmen und andere Punkte ohnehin hinfällig sind, lehnen wir Ihren Antrag wie auch schon im Ausschuss ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Jürgen Mistol für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Immer mehr Menschen in Bayern geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für das Wohnen aus. Viele Menschen in Bayern können sich ihre Miete schlichtweg nicht mehr leisten.

Jetzt kommt die AfD mit einem Antrag, in dem in der Überschrift steht: Für bezahlbaren Wohnraum: Mietpreisbremse abschaffen. Ich sage Ihnen, Sie müssen sich entscheiden: Entweder wollen Sie bezahlbaren Wohnraum haben, oder Sie wollen die Mietpreisbremse abschaffen. Beides zusammen geht schlicht und ergreifend nicht. Schon aus logischen Gründen geht nicht beides zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre das Gleiche, wenn Sie fordern würden: Sichere Wege zur Schule und zum Kindergarten, und gleichzeitig soll die Regelgeschwindigkeit innerorts auf 100 Stundenkilometer hochgesetzt werden. Das klappt auch nicht miteinander.

Mehr ist zu Ihrem Antrag eigentlich nicht zu sagen. Ich bin froh, dass die Mietpreisbremse im Koalitionsvertrag auf Bundesebene bis zum Jahr 2029 fortgesetzt werden soll. Ich bin auch froh, dass die Mietpreisbremse in Bayern zum 01.01.2022 nahtlos verlängert wird und dass mehr Kommunen sozusagen in den Genuss der Mietpreisbremse kommen, weil die Gebietskulisse vergrößert wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Hans Friedl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der AfD ist schon im federführenden Ausschuss am 12. Oktober 2021 von allen Fraktionen mit Ausnahme der antragstellenden Fraktion abgelehnt worden.

Wir alle wissen doch, dass gute Pferde knapp springen. Bei der AfD habe ich aber den Eindruck, dass sie das Hindernis jedes Mal komplett umwerfen. Mit diesem Antrag sollen funktionierende Instrumente wie die Mietpreisbremse abgeschafft werden und der Mietendeckel nicht eingeführt werden. Ja, die Mietpreisbremse bedurfte einer Überarbeitung. Seit 2019 kann sie in 162 bayerischen Kommunen angewendet werden. Damit steht den Kommunen ein probates Mittel zur Verfügung, um eine Abfederung ausufernder Mieten zu ermöglichen.

Einen Mietendeckel halten auch wir FREIEN WÄHLER für ungeeignet, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir als Regierungskoalition lehnen ihn ab. Mit ihm würde die Investitionsbereitschaft deutlich einbrechen. Nur bei entsprechenden Investitionen in den Wohnungsbau kann das Dilemma des fehlenden Wohnraums zu bezahlbaren Kosten aufgelöst werden.

Mir persönlich fehlt im Antrag der AfD auch der Ausblick in die Zukunft. Wie will die AfD das Problem mittel- und langfristig lösen? Nur immer gegen alles zu sein, ist wenig hilfreich. Diese Fragen konnten auch im Ausschuss nicht beantwortet werden – schade. Müssen wir als Politiker denn nicht versuchen, Lösungen zu präsentieren? Da bietet die AfD nichts, leider gar nichts; denn dann wäre eine Diskussionsgrundlage gegeben, auf deren Basis wir die Bürger mitnehmen könnten. So steht die AfD wieder, wie meist, mit leeren Händen da. Wegen dieser Perspektivlosigkeit möchte ich Ihre Zeit hier nicht länger beanspruchen und dafür werben, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Singer von der AfD-Fraktion. Herr Singer, bitte schön.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Friedl, Sie haben die Mietpreisbremse jetzt gelobt. Glauben Sie denn nicht, dass die gesunde Marktwirtschaft das beste Mittel ist, um den Mietmarkt zu regulieren? Das bedeutet ganz einfach, dass ein Vermieter für die Ver-

mietung seines Objekts einen angemessenen Mietzins bekommt. Dann ist er gegebenenfalls auch daran interessiert, weitere Mietwohnungen zu schaffen.Wenn wir die Mietpreisbremse behalten, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn das Interesse der Vermieter an einer Sanierung oder Wertsteigerung des Objekts völlig entfällt, weil man das Objekt im Rahmen der Möglichkeiten einfach so, wie es ist, immer auf dem Markt losbekommt. Das heißt, wir bekommen schlechte Objekte, die schlecht saniert sind und wenig Rendite bringen. Wir werden auch weniger Vermieter haben, die Interesse daran haben, neuen Wohnraum zu schaffen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, in diesem Bereich den Markt sich selbst regulieren zu lassen. Dann werden auch Wohnungen geschaffen, weil es sich wieder rentiert, weil Vermieten wieder Spaß macht und es wieder Freude macht, Menschen Wohnungen zur Verfügung zu stellen, das Mietobjekt aber nicht eine Last für den Vermieter wird.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, deshalb sind wir, CSU und FREIE WÄHLER, gegen den Mietpreisdeckel; das haben auch Sie gehört. Wir setzen auf zwei Pferde: Wir setzen auf die Mietpreisbremse; diese hat sich in vielen Kommunen bewährt. Das weitere Pferd ist: Bauen, bauen, bauen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächste Rednerin rufe ich die Abgeordnete Natascha Kohnen, SPD-Fraktion, auf.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir feiern heute die Bayerische Verfassung. Darin gibt es, wie es auch bei der heutigen Festveranstaltung erwähnt wurde, den Artikel 106, der den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns angemessenen und bezahlbaren Wohnraum garantiert.

Wenn diese Garantie nicht erfüllt werden kann – und sie kann es nicht mehr; der freie Markt hat es nicht geregelt –, dann muss der Sozialstaat mit regulierenden Instrumen-

ten eingreifen. Eines davon ist tatsächlich die Mietpreisbremse, die seit 2015 existiert und schon nachgeschärft wurde. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist deutlich gemacht worden, dass sie bis 2029 erhalten bleibt. Das ist richtig und gut.

Das Zweite: Auch den Mietendeckel haben wir schon im Ausschuss besprochen. Mietendeckel ist nicht gleich Mietendeckel. Sie ziehen immer den Berliner Mietendeckel heran, Herr Bergmüller. Ich habe Ihnen schon einmal empfohlen, sich den bayerischen Gesetzestext anzuschauen; das ist ein anderer. Deshalb ist Ihre Begründung in meinen Augen nicht griffig. Sie müssen sich schon tiefer in die Gesetzestexte hineinlesen.

Der Mietenstopp ist im Koalitionsvertrag nicht enthalten, wird aber Thema bleiben, schon deswegen, weil es eine Bundesinitiative der Bürgerinnen und Bürger gibt. Das ist eben nicht der Berliner Mietendeckel. – So viel nur dazu.

Wir werden Ihren Antrag genauso wie im Ausschuss ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Kohnen, wir haben eine Zwischenbemerkung. Herr Bergmüller, bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Liebe Frau Kollegin Kohnen, zur Mietpreisbremse hat jeder Vorredner auf die 162 Gemeinden verwiesen. Zu diesen gehört übrigens meine Heimatgemeinde, weil wir im Speckgürtel Münchens liegen. Was meinen Sie, wie viele anerkannte Mietspiegel in den Gemeinden vorhanden sind, mit denen man überhaupt feststellen kann, ob die Mietpreisbremse eingehalten wird?

Natascha Kohnen (SPD): Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Nicht genügend! Deshalb gibt es jetzt durch den Koalitionsvertrag die Verpflichtung, dass qualifizierte Mietspiegel entstehen – übrigens Gott sei Dank nicht mehr mit vier Jahren, sondern mit sieben

Jahren Betrachtungszeitraum, weil wir dadurch für Städte mit über 100.000 Einwohnern einen realistischen Mietspiegel bekommen.

Für Kommunen darunter kann ich Sie nur auffordern – ich glaube, Sie sind auch in einem kommunalen Parlament vertreten –: Arbeiten Sie daran! Machen Sie einen! Die Kommune kann es tun.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Kohnen. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Sebastian Körber, FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die AfD-Fraktion hat uns zum wiederholten Male einen Antrag zu diesem Thema vorgelegt. Schon den Text des früheren Antrags hatten Sie abgeschrieben, auch von einem Antrag der FDP-Fraktion. Für die Begründung des vorliegenden Antrags haben Sie irgendwelche Studien zusammenkopiert. Das ist sowohl intellektuell erbärmlich als auch nicht konstruktiv im Sinne der Sache.

Ich gebe Ihnen noch kurz ein paar Tipps – vielleicht für Ihre nächsten Anträge –, wo Sie zu den Themen bezahlbares Wohnen und Wohneigentun abschreiben können. Schauen Sie sich den Koalitionsvertrag an, der gerade vorgelegt worden ist; den haben Sie anscheinend ein bisschen schlampig gelesen. Darin finden sich verschiedene, sehr kluge Ansätze, wie Sie Wohneigentum bilden können, etwa durch den Grunderwerbsteuerfreibetrag, durch zinsverbilligte Darlehen und durch Eigenkapitalersatzmaßnahmen.

Auch Vorschläge zur Bezahlbarkeit finden Sie darin; dann können Sie gleich den Text für einen zweiten schönen Antrag abschreiben. Dem Koalitionsvertrag kann man nämlich Vorschläge zur weiteren Digitalisierung, zu einem Baukosten-TÜV und anderes entnehmen.

Ich fühle mich angesichts Ihres Antrags, ehrlich gesagt, intellektuell ein bisschen unterfordert. Mehr möchte ich gar nicht sagen. Ihren Antrag kann man natürlich nur ablehnen. Er ist einfach nur peinlich.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Staatsminister Georg Eisenreich auf.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion spricht sich im Kern dafür aus, die geltenden Vorschriften der sogenannten Mietpreisbremse abzuschaffen und von jeder Mietpreisregelung abzusehen. Wir unterstützen die Forderung der AfD nicht.

Die AfD verkennt die Realität auf dem Wohnungsmarkt. Sie sprechen davon, dass der Markt das Problem regeln solle, obwohl jeder seit Jahren sieht, dass das eines der Probleme ist, zu deren Regelung der Markt erkennbar nicht in der Lage ist. Ihr Antrag steht also in einem wirklich gravierenden Widerspruch zur Realität. Es ist erstaunlich, wie man die Realität so verkennen kann.

Wir haben natürlich eine schwierige Situation: Viele Mieterinnen und Mieter in unseren Städten und Ballungsräumen sind von hohen und stetig steigenden Mieten betroffen. Die Wohnungsknappheit und die steigenden Mieten, vor allem in den Ballungsräumen, sind eines der größten Probleme, eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

Ich will Ihnen klar sagen: Wir wollen, dass Senioren, Menschen mit mittlerem Einkommen und Familien sich das Wohnen in Ballungsräumen auch künftig noch leisten können. Deshalb wollen wir den Mietpreisanstieg dämpfen. Es ist ein erklärtes Ziel der Bayerischen Staatsregierung, den Mietpreisanstieg zu dämpfen.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

– Danke schön. Wenigstens eine Stimme, die das auch gut findet.

Die Lösung ist allerdings nicht so einfach. Ich habe mich zu diesem Thema schon mehrfach geäußert. Wir brauchen erstens den Bund, zweitens das Land und drittens die Kommunen, also alle Ebenen. Wir brauchen auch ein Bündel an Maßnahmen.

Wenn es eine Knappheit auf dem Wohnungsmarkt, das heißt eine Knappheit an bezahlbarem Wohnraum gibt, dann ist die Hauptantwort, dass mehr preiswerter Wohnraum geschaffen, also mehr gebaut werden muss. Mietpreisregelungen können fehlenden Wohnraum nicht ersetzen und sind deshalb nicht die alleinige Lösung. Das haben wir immer klargemacht. Aber: Das Mietrecht kann einen Beitrag dazu leisten. Unser oberstes Ziel in diesem Bereich ist, dass es einen fairen Interessenausgleich zwischen Mietern und Vermietern gibt. Das ist unser Obersatz: ein fairer Interessenausgleich zwischen Mietern und Vermietern.

Deshalb unterscheiden wir ganz klar – so, wie es die Vorredner aus der CSU-Fraktion und aus der Fraktion der FREIEN WÄHLER gemacht haben – zwischen der Mietpreisbremse und dem Mietendeckel, insbesondere dem, den wir in Berlin gesehen haben.

Erstens – die Mietpreisbremse. Diese dient dem fairen Ausgleich. Deshalb haben wir die Einführung, aber auch die Verlängerung und die Verschärfung der Mietpreisbremse ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Wer die Mietpreisbremse ablehnt, der kann so viel faseln, wie er will – er handelt nicht sozial. Das will ich wirklich klar sagen: Wer die Mietpreisbremse abschaffen will, der handelt unsozial.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben in Deutschland übrigens nicht die freie oder die radikale Marktwirtschaft – ich bin erstaunt, dass Sie das fordern –, sondern wir haben in Deutschland die soziale Marktwirtschaft.

(Zuruf von der AfD: Das haben wir gesagt!)

– Das haben Sie nicht gesagt. – Wir haben in Deutschland die soziale Marktwirtschaft.

Die Mietpreisbremse ist so, wie sie ausgestaltet ist, deshalb sehr vernünftig,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

weil sie die Interessen der Vermieter, aber eben auch die der Mieter berücksichtigt.Die Interessen der Vermieter werden zum einen berücksichtigt, weil die Mietpreisbremse zum Beispiel Ausnahmen für Neubauten und bei Modernisierung vorsieht. Das ist uns wichtig, weil wir wollen, dass weiter in den Wohnungsbau investiert wird. Zum anderen gilt diese Mietpreisbremse auch nicht überall in jeder Gemeinde, sondern nur in den Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Ich glaube deswegen, dass diese Mietpreisbremse gut gestaltet ist.

Zweitens. Einen Mietendeckel mit starren Obergrenzen lehnen wir ausdrücklich ab. Das Beispiel in Berlin hat gezeigt, dass dieser Mietendeckel wohnungspolitisch nicht nur nicht hilft, sondern wirklich kontraproduktiv ist. Außerdem gibt es auch eine Reihe von verfassungsrechtlichen Problemen.

Den Mietendeckel lehnen wir also ab, aber die Mietpreisbremse befürworten wir.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Kollege Mistol von den GRÜNEN hat darauf hingewiesen: Wir haben diese Mietpreisbremse in Bayern mit der Mieterschutzverordnung umgesetzt. Aktuell sind 162 Gemeinden einbezogen. Wir sind im Begriff, diese Verordnung zu aktualisieren. Zum 1. Januar 2022 wird die Neufassung in Kraft treten. Die Zahl der Gemeinden wird sich auf rund 200 ausdehnen, aber das ist auch der Entwicklung geschuldet.

Wir werden also an der Mietpreisbremse festhalten und den Mietendeckel ablehnen. Deswegen ist auch dieser Antrag der AfD insgesamt abzulehnen, der vor allem den eigenen Zielen widerspricht.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, kommen Sie bitte noch einmal an das Redepult. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Bergmüller. Bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Herr Staatsminister, nachdem es Frau Kohnen nicht hat beantworten können, frage ich Sie als den verantwortlichen Minister. Die Grundlage für die Mietpreisbremse sind statistische Daten darüber, wo die Mieten im Moment liegen. Dazu braucht man einen qualifizierten Mietspiegel, der anerkannt ist. Jetzt frage ich Sie: Welche Kenntnisse haben Sie darüber, wo in den 162 Gemeinden es einen rechtsgültigen qualifizierten Mietspiegel gibt? Sonst funktioniert das nicht.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Mir liegen jetzt keine statistischen Daten dazu vor, aber es gibt zwei Möglichkeiten: den einfachen Mietspiegel, der auch für kleinere Gemeinden sehr leicht umzusetzen ist, und den qualifizierten Mietspiegel, der aufwendiger ist. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist geregelt, dass der qualifizierte Mietspiegel in mehr Gemeinden eingeführt werden soll. Ich halte das für richtig, aber auch schon der einfache Mietspiegel ist ein Schritt, der eine Umsetzung vor Ort erleichtert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung. Ich bitte Sie nochmals: Überprüfen Sie, ob das OK oben links im Display erscheint. Ich starte die Abstimmung jetzt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 22:12 bis 22:15 Uhr)

– Wenn es irgendwelche Probleme während der Abstimmungszeit geben sollte, müssten wir unter Umständen noch einmal neu abstimmen. Das ist sehr unwahrscheinlich; trotzdem weise ich Sie darauf hin. Die Abstimmungszeit läuft noch knapp zwei Minu-

ten. – Ich beende die namentliche Abstimmung jetzt und gebe dann noch das Ergebnis bekannt.

(Unterbrechung von 22:15 bis 22:17 Uhr)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Für bezahlbaren Wohnraum und mehr Wohneigentum: Mietpreisbremse abschaffen und Mietendeckel verhindern", Drucksache 18/17960, bekannt: Mit Ja haben 14 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 122 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: zwei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3 – Ausfall der Tonanlage)

– Jetzt geht mein Mikrofon wieder. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Bis nächste Woche!

(Schluss: 22:18 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.12.2021 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Josef Seidl u. a. und Fraktion AfD; Für bezahlbaren Wohnraum und mehr Wohneigentum: Mietpreisbremse abschaffen und Mietendeckel verhindern (Drucksache 18/17960)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Hayn Elmar		X	
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	14	122	2